

Präsident Christian Weber

**Rede zum Neujahrsempfang der Bremischen Bürgerschaft
am Dienstag, 5. Januar 2016, um 11.30 Uhr im Festsaal**

Das waren noch Zeiten damals: Eine Cola kostete weniger als eine Mark, die Arbeitslosenquote in Bremen lag gerade mal bei 0,8 Prozent, das erste Vollcontainerschiff machte im Überseehafen fest, Peter Zadeks Inszenierung von Schillers „Die Räuber“ am Goetheplatz sorgte für Turbulenzen, und Thailands Königin Sirikit verzauberte die Stadtgesellschaft, als sie mit König Bhumibol während ihres Staatsbesuches in Bremen weilte.

Es war aber auch die Zeit, als auf dem Bremer Flughafen eine Lufthansa-Maschine abstürzte und 46 Menschen in den Tod riss, darunter Mitglieder der italienischen Schwimmmannschaft und die Schauspielerin Ada Tschechowa. Und es war die Zeit, als die erste Wirtschaftskrise die Bundesrepublik heimsuchte. Auf Wirtschaftswunder-Kanzler Ludwig Erhard folgte Kurt Georg Kiesinger, genannt „Silberzunge“ und heute der „vergessene“ Kanzler. Selbst Angela Merkel erwähnte ihn während ihrer Karlsruher Parteitagsrede und der Ahnen-Huldigung von Adenauer bis Kohl nicht. Mochte sie sich ungern an die erste Große Koalition in der Bundesrepublik erinnern?

Wie dem auch sei, auf 1966 werde ich später noch einmal zurückkommen, denn es ist das Geburtsjahr unseres Hauses, in dem ich Sie alle nun von Herzen begrüßen möchte – ich persönlich und im Namen meiner Vorstandskolleginnen und -kollegen. Nutzen Sie in der Frühe des neuen Jahres einen der schönsten öffentlichen Räume Bremens zur Begegnung und zum Gedankenaustausch. An Gesprächsstoff herrscht wahrlich kein Mangel; und es mangelt auch nicht an kompetenten und interessanten Gesprächspartnern.

In diesem Jahr wird das Haus der Bürgerschaft 50 Jahre alt. Das ist für mich nicht nur ein besonderes Jubiläumsdatum, sondern eine nötige Rückbesinnung auf die Symbolkraft dieses außergewöhnlichen Ortes und Objektes der Moderne. Die Kombination aus Architektur und Parlament, aus Form und Zweck ist hier nicht nur gelungen, sie sorgt für kreative Impulse, gibt uns bis heute Handlungsanleitungen. Das Haus der Bürgerschaft liefert uns ein Beispiel für den Mut zum Neuen, den wir heute mehr denn je brauchen. August Hagedorn, der damalige Bürgerschaftspräsident, sprach in seiner Eröffnungsrede 1966 von einer „Heimstatt demokratischen Geistes“, vom Wert und der Würde des Hauses, die dazu animierten, „über allem Trennenden das Verbindende zu sehen“ und „um die besten Lösungen der anstehenden Probleme zum Wohle unserer Freien Hansestadt Bremen zu ringen“. Ja, das bleibt modern – wie auch der Transparenz-Gedanke des Architekten Wassili Luckhardt und die Gleichwertigkeit in der Anordnung, dass nämlich Parlamentarier und die interessierte Öffentlichkeit, die

Bürgerinnen und Bürger, denselben Eingang benutzen sollten. Das tun sie bis heute. Der Charakter dieses Hauses ist einzigartig, von der Liebe und dem unerbittlichen Willen zur Demokratie geprägt. Deshalb steht es seit 23 Jahren unter Denkmalschutz – Bestandsschutz also. Übrigens, mit dem Haus ebenso das Plenargestühl! Nicht austauschbar! Versprochen!

Meine Damen und Herren,

im neuen Jahr fangen wir nicht von vorne an, das Ungeklärte und Unerledigte bleiben unsere steten Begleiter. Ich habe schon mehrfach, auch bei einem Neujahrsempfang, die allgemein nachlassende Wahlbeteiligung beklagt. In den 60er-Jahren, als dieses Haus geplant und errichtet wurde, waren fast 80 Prozent Wahlgänger noch gang und gäbe, die Erfahrung von Diktatur und Machtmissbrauch noch nicht verblasst. Nun aber zwingt mich das Ergebnis unserer Wahlen im Mai 2015 zur wiederholten Kritik. Manchmal überkommt mich Zorn, wenn ich merke, wie gedankenlos und leichtfertig viele Menschen in unserem aufgeklärten Staat mit dem Wahlrecht umgehen. Ich möchte jedenfalls nicht erleben, dass wir uns auf die freie, gleiche und geheime Wahl erst dann wieder besinnen, wenn wir die Demokratie wieder verloren haben. Bitte etwas mehr Gewissenhaftigkeit und Geschichtsbewusstsein!

Dass inzwischen die Hälfte der bremischen Wählerinnen und Wähler eine Ohne-mich-Haltung einnimmt, ist ein gefährlicher Rückschritt, der uns die Legitimation als Volksvertreter zunehmend entzieht. Gewiss, wir werden in Bremen neu nachdenken, was Wahlrecht, die Wahlorganisation und die Wahlunterlagen anbelangt – wenn nötig, Korrekturen anbringen. Wir müssen die politische Bildung verbessern und als Pflichtfach in der Schule festschreiben, für mich ganz klar! Doch eines der größten Hindernisse, das muss ich selbstkritisch sagen, haben wir Politikerinnen und Politiker selbst errichtet. Eine latente Entfernung und Entfremdung von den Wählerinnen und Wählern. Das spiegelt sich sicherlich nicht immer in den realen Verhältnissen wider, wird von den Menschen aber als gegeben empfunden – besonders von denen, die sich in ihren Lebenswirklichkeiten von der Politik verlassen fühlen.

Wenn man einer aktuellen Studie des Meinungsforschungsinstituts GfK Glauben schenken darf, befindet sich das Vertrauen in die Politiker auf einem neuen Tiefpunkt. 87 Prozent der Befragten vermuten, dass unsere Volksvertreter weiter an Zustimmung verlieren dürften. Es grassiert offenbar eine große Unzufriedenheit, die alle Gesellschaftsschichten erfasst, insbesondere die mittlere. Das sind schlechte Voraussetzungen für die drei Landtagswahlen am 13. März, wenn Koalitionsmodelle auf dem Prüfstand stehen oder gar verworfen werden, wenn es um alte oder neue Mehrheiten im Bundesrat sowie um Entscheidungen in der Bundesversammlung geht, die 2017 den künftigen Bundespräsidenten beziehungsweise eine Präsidentin wählt.

Apropos 2017: Auch in Bremen werden wir dann 500 Jahre Reformation feiern. Martin Luther sagte damals, als er die Bibel ins Deutsche übersetzte: Man muss dem Volk aufs Maul schauen und zuhören, was das gemeine Volk sagt. Dieser Rat scheint mir heute gerade auch für uns Politiker aktuell wie nie zu sein. Er bedeutet für mich: auf die Menschen achten und auf sie

zugehen, mit ihnen, nicht nur über sie reden, sie in ihren Alltagszusammenhängen abholen, ihre Ängste ernst nehmen. Angst, von der der kürzlich verstorbene Altbundeskanzler Helmut Schmidt glaubte: „Die Deutschen haben die Neigung, sich zu ängstigen. Das steckt seit dem Ende der Nazi-Zeit und dem Krieg in ihrem Bewusstsein.“ Und das Ausland registriert gegenwärtig eine wiedererwachte „German Angst“.

Angst: Die Menschheitsgeschichte ist durchzogen mit Ängsten, die in archaischen Zeiten auch eine Triebfeder für das Überleben waren. Früher resultierten Ängste auch gerne aus Aberglauben; und heute? Heute dürfte es oft einfach Unwissenheit sein. Es ist doch wohl die Krux der heutigen Wissensgesellschaft, dass man eigentlich mehr erfahren könnte, als einer aufzunehmen und zu verarbeiten in der Lage ist. Und eigentlich möchte man dieses und jenes doch gar nicht wissen. Deshalb halte ich es für wichtig, dass gerade eine verantwortungsbewusste Politik, dass Vorbilder und Elite des Landes nicht auf jeden Unsinn öffentlichkeitswirksam über Twitter und Facebook reagieren und zu vermeintlichen Fakten stilisieren – und dass aus parteipolitischen oder taktischen Gründen Problemchen nicht heillos aufgebauscht und übertrieben werden.

Natürlich. Es existiert eine berechtigte Angst, beispielsweise vor dem Terror religiöser Fanatiker, der auch uns immer näher rückt. Ein Ziel der Terroristen ist es, mit ihren grausamen Methoden ganze Gesellschaften in Angst und Schrecken zu versetzen. Im vergangenen Jahr mussten wir gleich zweimal der vielen Opfer von Terroranschlägen in Paris gedenken. „Je suis Charlie“ brachte es in der Rangfolge für das „Wort des Jahres 2015“ auf den zweiten Rang – als Ausdruck von mörderischer Grausamkeit, aber vor allem auch als Symbolik dafür, dass weltweit Millionen und Abermillionen von Menschen ihren Abscheu gegen religiösen Extremismus öffentlich kundtaten und ihre Solidarität mit den Opfern und menschlichen Grundrechten demonstrierten. Insofern ist „Je suis Charlie“ auch ein Trostpflaster für eine offene, schmerzende Wunde – und gibt uns Hoffnung auf Solidarität, die nicht auszurotten ist.

Angst beinhaltet jedoch auch eine irrationale, unangemessene Komponente – besonders vor dem Fremden. Der Soziologe Heinz Budde meint, es gebe keinen Weg ohne Gefahren und keine Verständigung ohne Missverständnisse. Wörtlich: „Wir sind eine Gesellschaft, die nicht mehr davon ausgehen kann, dass sie das Schlimmste hinter sich hat.“ Deshalb sind Ängste berechtigt – immer und bei allen. Sie sind zutiefst menschlich – bei Christen, Juden, Muslimen und Nichtgläubigen. Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, schleppen freilich die wohl weitaus größere Angst mit sich. Häufig ist diese Angst ihr einziges Gepäck: Angst vor Verfolgung, ums Überleben. Angst vor dem Fremden, vor der Ungewissheit. Sie haben erst einmal alles zurückgelassen, so wie die Vertriebenen nach dem 2. Weltkrieg oder die Spätaussiedler.

Meine Damen und Herren,

Angst lässt sich mindern, in einem gewissen Sinn therapieren: Eine wirksame Maßnahme gegen Angst vor Fremden sind Begegnungen und Dialoge, um Vorurteile und Vorbehalte abzubauen.

Jean-Paul Sartre betonte: „Das Einzige, was Halt verspricht, ist der andere.“ In der Praxis, im schnelllebigen Alltag fällt das alles quälend schwer; es bedarf der Initiative von beiden Seiten – und Geduld. Wir brauchen nur 60 Jahre zurückzugehen in die Geschichte. In den 60er Jahren, als auch die Ideen für Bau und Architektur des Hauses der Bürgerschaft öffentlich wurden, entschied die Bundesregierung, erstmals sogenannte Gastarbeiter anzuwerben, über ein erstes entsprechendes Abkommen mit Italien, anschließend noch mit Spanien, Griechenland und der Türkei. 1961 kamen die ersten, meist ungelernete junge Männer, in die Bundesrepublik. Innerhalb von zwei Jahrzehnten vermehrten sich die Gastarbeiter auf 14 Millionen. Viele gingen, nachdem sie genügend Geld verdient hatten, in ihre Heimat zurück, viele blieben aber auch, holten Angehörige nach, in der Suche nach einer neuen Heimat.

Die deutsche Wirtschaft ist noch heute von den einstigen Gastarbeitern und ihren Kindern geprägt. Unter den türkischen Gastarbeitern der ersten Generation verfügten nicht einmal 30 Prozent über eine abgeschlossene Berufsausbildung, bei ihren Kindern sind es immerhin 70 Prozent. Aber auch in anderen Berufen und Bereichen haben die Nachkommen nach einem durchaus steinigen Weg inzwischen ihren Platz und ihre Anerkennung gefunden. Bei uns in der Bremischen Bürgerschaft steigt der Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund kontinuierlich; das ist lobenswert und realistisch. Und nicht zu vergessen: Ohne die Zuwanderungen früherer Zeiten hätten wir heute bereits ein wesentlich größeres demografisches Problem, wären wir eine ganz andere Gesellschaft.

Auch Eingliederungsprozess der 60er verlief hürdenreich und mit vielerlei Ressentiments. Denken Sie dabei nur an das berührende Melodram von Rainer Werner Fassbinder „Angst essen Seele auf“, in dem die Liebesbeziehung der Putzfrau Emmi mit dem farbigen Ali in die gesellschaftliche Isolation führte. Längst ein Auslaufmodell. Vor allem begann damit die Zeit, in der die Einheimischen sich dem Fremden in der Nachbarschaft annäherten und den Fremden in der Wohnung gegenüber allmählich vertrauten.

Trotz aller Konflikte und Widerstände, trotz aller Gewalt bis hin zum Terror der NSU ist Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden, weil die Mehrheit der Bevölkerung darin nicht nur eine Herausforderung sah, sondern es zunehmend als Gewinn empfand. Der deutsch-iranische Publizist und Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, Navid Kermani, den ich kürzlich in der Bürgerschaft begrüßen durfte, urteilte einmal, dass auf das Ganze betrachtet die Bundesrepublik eine grandiose Integrationsleistung vollbracht habe. Wenn dem so ist, mag das ein Grund dafür sein, dass sich die demokratische Mitte in unserem Land als stabil erweist und nicht, wie in vielen europäischen Ländern, von rechten oder linken Rändern aus zersetzt wird. Deutschland zählt zu den ganz wenigen Staaten Europas, der keine rechtspopulistische oder neo-nationalistische Partei im Bundestag erdulden muss. Das spricht grundsätzlich für republikanische Wachsamkeit, die wir uns unter allen Umständen bewahren und weiter schärfen müssen. Jedenfalls ist die Zeit für ein Einwanderungsgesetz, für eine geordnete, verlässliche Abwicklung von Asyl und Einbürgerung gekommen.

Also, meine Damen und Herren, wir fangen im jetzigen Integrationsprojekt nicht bei null an und brauchen uns vor der Aufgabe von Generationen, eine Million Zufluchtsuchende einzugliedern, nicht zu fürchten! Wirtschaftsinstitute und der Sachverständigenrat haben längst eine Kosten-Nutzen-Analyse vorgelegt, die nach kurzfristigen Milliarden-Investitionen und hohen Folgekosten schon ab 2020 positiv und ertragreich ausfallen könnte. Übrigens: „Flüchtlinge“ wurde von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Wort des Jahres 2015“ gewählt. In seinem Plural klingt es weder abwegig noch abschätzig, sondern vielversprechend.

Meine Damen und Herren,

wir müssen Brücken bauen zwischen Menschen, die nicht den gleichen Status haben, die unterschiedlich leben und die Zukunft verschieden zu gestalten versuchen. Auf seine Traditionen muss dabei niemand verzichten, sofern sie sich nicht gegen andere richten; zur eigenen Religion sollen sich Christen, Juden und Muslime freimütig bekennen – und sich darüber austauschen können und verstehen lernen. Gewiss, der Glaube wird heute in manchen Teilen der Welt, aber auch mitten in unseren westlichen Lebensräumen für Terror, Mord und Krieg missbraucht. Der wahre Glaube allerdings – im eigentlichen spirituellen Sinn – kann für die Menschen Energiequelle sein und ein ganz persönlicher Leitfaden, der Sicherheit vermittelt. Ich möchte hinzufügen: Gottvertrauen.

Und die Politik? Sie kann Angst nicht wegverordnen. Sie muss sich mit Klugheit und Besonnenheit Respekt verschaffen, ihre Aufmerksamkeit mehr auf die Ermutiger und Mutmacher als auf die Mahner richten. Sie muss die Menschen einbinden, so dass die Bevölkerung ihr die Lösung von Problemen wieder zutraut. Projekte und Pläne, Argumente und Gegenargumente sind auch denjenigen zugänglich und verständlich zu machen, die sich nicht tagtäglich um das politische Geschehen kümmern. Wir Politiker müssen den Bürgerinnen und Bürgern wieder klarmachen, dass über ihre Lebenswelten nicht sowieso in Brüssel oder Berlin und in den Banken entschieden wird, sondern durch die von ihnen gewählten Mandatsträger, die freilich den Willen der Bevölkerung zur Teilhabe akzeptieren und begleiten – und entsprechend handeln. Wer die Sorgen anderer Menschen ernst nimmt, dabei ehrlich bleibt, gibt den Leuten Mut. Und darauf lässt sich aufbauen. Eines möchte ich allerdings betonen: Partizipation weiterzuentwickeln, steht für mich außer Frage. Und: Die repräsentative Demokratie ist für mich nicht verhandelbar!

Politik ist keine Wunderwaffe, kein Allheilmittel. Sie verlangt, Prioritäten zu setzen. Und Priorität haben Mittel und Wege, die den Spalt zwischen Arm und Reich in Deutschland, insbesondere in unseren beiden Städten, verkleinern und absehbar möglichst schließen. Die offizielle Statistik stuft 19 Millionen Menschen in Deutschland als arm und armutsgefährdet ein. Je mehr ärmere und reichere Reviere beziehungsweise Stadtteile auseinanderklaffen – und das jüngste Wahlergebnis in Bremen hat das einmal mehr erschreckend dokumentiert – desto mehr bröckelt das Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der Kampf gegen Ungleichheit, gegen Ausgrenzung und für Verteilungsgerechtigkeit und Menschenrechte ist Aufgabe von uns

allen, in erster Linie aber die Hauptaufgabe eines verantwortungsvollen Staates. Und aktuell der Kampf gegen Terrorismus: Da stimme ich UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zu: Raketen könnten Terrorismus nicht beseitigen, wohl aber eine längerfristig gute Politik. Und dies vor allem dort, wo die „Gefährder“ aus dem gesellschaftlichen Zusammenhalt herausgerutscht sind – bei uns und in den Krisenherden in der heutigen globalen Welt.

Meine Damen und Herren,

das Land Bremen verändert sich, wie die Bundesrepublik insgesamt. Der Verhältnisse erfordern Jahre verstärkter Reformbereitschaft und gesellschaftspolitischer Höchstanstrengungen – nicht nur für Flüchtlinge, sondern für Menschen überall in Deutschland, etwa für die Million Langzeitarbeitslose und für Arme. Wir brauchen Investitionen in Kitas, Schulen, Wohnraum, Arbeit und Infrastruktur. Wir brauchen Ideen und Innovationen für Bildung, Berufsqualifikation und inter-kulturelle Kompetenz. Wir brauchen Integration, die Trennendes überwindet in einer humanen Gesellschaft, die es für alle lohnend macht, an ihr teilzuhaben. Eine Gesellschaft, die fördert, aber auch fordert. Wer nach Deutschland kommt und wer hier lebt, muss sich in einen Grundkonsens einfügen und das Grundgesetz achten. Die Gepflogenheiten und Verbindlichkeiten unserer Demokratie westlicher Prägung und unseres liberalen Rechtsstaates gelten für alle! Verfehlungen dagegen haben für jedermann Konsequenzen, bis hin zu Gerichtsurteilen nach dem Strafgesetzbuch.

Ich bin davon überzeugt, dass Bremen seinen angemessenen, auch bereichernden Beitrag leistet und weiter leisten wird, um das ganze Land voranzubringen, um Freiheit, parlamentarische Demokratie und Föderalismus zu sichern. Erinnern wir uns, das Reformationsjubiläum erwähnte ich: Schon vor 500 Jahren zog es Glaubensflüchtlinge nach Bremen, weil die Gastlichkeit der Stadt und ihre Niederlassungsfreiheit sich herumgesprochen hatten. Auch verfolgten Theologen bot die Stadt Zuflucht, damit sie hier gefahrlos leben und lehren konnten. Auf diese Historie bremischen Niederlassungsrechts dürfen wir stolz sein; und wir sollten uns heute immer wieder daran orientieren. Wir dürfen uns auch gerne zu Herzen nehmen, was die FAZ kürzlich schrieb. Ich zitiere: „Bremen ist das Beste, was die alte postpatriotische, postbürgerliche Bundesrepublik zu bieten hatte und hat, denn hier lebt sie weiter. Hier gibt es die Mustergroßstadt en miniature.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren,

noch einmal zurück zur Prioritätenliste: Vorrang für Bürgerschaft und Senat in den kommenden Jahren hat der wohl überlegte und entschlossene Einsatz für die Existenz unseres Zwei-Städte-Staats – in der Überzeugung, dass sie dem Wohl der Menschen dient. Nur mit der Perspektive lohnt sich dieser Einsatz, der einer Herkulesaufgabe ähnelt, wirklich. Dabei bewegen wir uns immer weniger auf gewohnten Pfaden; wir haben uns den enormen Zusatzlasten ebenso zu stellen wie den Zwängen der Schuldenbremse. Mit verunsicherten und ängstlichen Menschen können wir diese Herausforderung nicht bewältigen, sondern mit Menschen, die sich

optimistisch stimmen lassen, die mitmischen und Mitverantwortung tragen, die Konflikte aushalten, aber auch für plausible Ziele Konsense finden und Toleranz üben, die Mehrheiten respektieren und Minderheiten schützen. Diese Menschen können wir auf unsere Seite ziehen, indem wir Abgeordnete, die ihre Vertreter und Vertreterinnen im parlamentarischen System sind, ihnen mit Kompetenz und Ideen, vor allem mit Offenheit, Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit begegnen. Und das in beiderseitigem Vertrauen. Vertrauen, um das man gerade als Politiker ständig neu werben muss. Die große Schriftstellerin Ingeborg Bachmann wusste es. Zitat: „Die Wahrheit nämlich ist den Menschen zumutbar.“

Meine verehrten Gäste, ich wünsche Ihnen allen ein gutes und friedliches, von Gesundheit und Zuversicht geprägtes, ein erfolgreiches Jahr 2016. Und ich wünsche Ihnen Mut. Ich meine Mut in der Definition der griechischen Philosophen: Wahrer Mut zeigt sich vor allem im Alltag – bei den kleinen Dingen eines furchtlosen Miteinanders unter Kollegen, Nachbarn, zwischen Freunden wie zwischen Fremden. Zeigen wir Mut und Stärke, stehen wir auch zu unseren Schwächen – dann können wir uns getrost auch mal selber auf die Schulter klopfen!
